



Niederschrift Nr. 6

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18. Mai 2010 von 18:04 Uhr bis 21:39 Uhr im Bürgersaal des Rathauses

Vorsitzender: Bürgermeister Josef Herdner

Zahl der anwesenden Mitglieder: 17 + BM = 18 (Normalzahl: 19)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder: Stadtrat Dirk Ebeling (u)

Schriftführer: Angela Klein, Carmen Grieshaber (TOP 4 und 5)

Stadtverwaltung: Ortsvorsteher Hall, Ortsvorsteher Wehrle,
Frau Grieshaber, Frau Klein, Herr Baumer, Herr Weber, Herr Wekker,
Herr Dold

Sonstige: TOP 1.3: Herr Udo Littwin, Herr Matthias Horn
TOP 2: Frau Daniela Kleissendorf
TOP 4: Herr Architekt Georg Fritz
TOP 5: Herr Gerhard Fritz

Besucher: ca. 50

Presse: 2

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **11.05.2010** ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am **12.05.2010** ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. zur Unterzeichnung der Niederschrift **Stadtrat Thomas Riesle** und **Stadtrat Jens Becherer** bestimmt werden.

TOP 1 Aktuelle Stunde

TOP 1.1 Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)

Hier meldet sich Ehrenbürger Horst Siedle zu Wort. Herr Siedle begrüßt, dass die Bürgermeister der Städte Furtwangen und Vöhrenbach sowie der Gemeinde Gütenbach wieder ins Gespräch kommen. Er kann sich noch gut an die Bürgermeistergespräche in den 60er/70er Jahren erinnern, die sehr produktiv waren. Für ihn gilt Kleinkindbetreuung als Thema Nr. 1 mit höchster Priorität. Herr Siedle erinnert an die zahlreichen kontroversen Zeitungsartikel in den letzten Wochen in dieser Sache und an den guten Leserbrief, der vom Kanzler der Hochschule Furtwangen University geschrieben wurde. Im Kindergarten Maria Goretti werde gute Arbeit geleistet. Seit Jahren gebe es hier Kleinkindbetreuung, die nicht nur von Eltern der HFU sehr gut angenommen werde. Herr Siedle appelliert an die Stadträte, trotz der sehr schlechten finanziellen Lage der Stadt Furtwangen die U3-Betreuung auszubauen. Die Hochschule in Schweningen schaue bereits nach Furtwangen, um in diesem Bereich aktiv zu werden, sollte die Kleinkindbetreuung nicht weiter verfolgt werden. „Was einmal weg ist von Furtwangen, ist weg.“, bringt Herr Siedle den Stadträten in Erinnerung. Er glaubt, dass eine Umnutzung der Räume des Kindergartens Maria Goretti möglich wäre und hofft auf eine positive Entscheidung des Gemeinderates.

Bürgermeister Herdner bestätigt, dass wieder Bürgermeistergespräche zwischen Furtwangen, Vöhrenbach und Gütenbach stattfinden. Thema des letzten Gespräches sei unter anderem die ärztliche Notfallversorgung gewesen. In diesem Zusammenhang appelliert er an die Bevölkerung, die eingerichteten Notfallversorgungsdienste auch tatsächlich anzunehmen.

TOP 1.2 Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten

Der Bericht wird von Herrn Bürgermeister Herdner abgegeben:

Änderung der Hauptsatzung

Die Änderungssatzung zur Hauptsatzung wurde in KW 18 im Bregtalkurier veröffentlicht und anschließend dem LRA/Kommunalamt angezeigt.

Eigenbetrieb Abwasserentsorgung;

Wirtschaftsplan 2010 - Investitionsplan 2010-2013

Mitteilung an Rechtsaufsicht am 05.05.2010.

Örtliche Bedarfsplanung für die Furtwanger Kindertageseinrichtungen 2010/2011

Die Furtwanger Kindergartenträger und der Gesamtelternbeirat wurden mit Schreiben vom 30.04.2010 vom GR-Beschluss informiert.

DSL-Anbindung für den Ortsteil Rohrbach

Nach Beschluss über die Mittelbereitstellung sind weitere Verhandlungen mit der Fa. COS-on-Air und Grundstückseigentümern geführt worden. Mittlerweile liegt der Stadt die Auftrags-bestätigung vor.

TOP 1.3 Polizeistatistik 2009 für das Obere Bregtal

Udo Littwin kann über einen Rückgang der Kriminalität im Land Baden-Württemberg berichten. Im Bereich des Regierungspräsidiums Freiburg liege die Häufigkeitszahl

höher als im Land Baden-Württemberg. Im Schwarzwald-Baar-Kreis liege die Häufigkeitszahl jedoch deutlich unter der des Landes Baden-Württemberg. Für Furtwangen beträgt die Häufigkeitszahl 2.987, d. h. ein Rückgang um 27 Fälle (7%) gegenüber dem letzten Jahr ist zu verzeichnen. Seit 2005 sind die Straftaten um 80% zurückgegangen. Dabei weist das Jahr 2009 die geringste Anzahl von Straftaten in Furtwangen auf. Die Straßenkriminalität ist um 2 Fälle zurückgegangen, die Sexualdelikte um 8-6 Fälle. Ebenso sind rückläufige Zahlen im Bereich der Gewaltdelikte, Diebstahl und Rauschgift zu verzeichnen. Die Anzahl der Vermögens- und Fälschungsdelikte ist erhöht. Insbesondere die Internetkriminalität macht der Polizei Probleme. Hier sei man dabei, sich „zu rüsten“. Herr Littwin stellt heraus, dass es 2009 keine Verkehrstoten in Furtwangen gab. Einen Grund hierin sieht er für die Abwrackprämie und die vielen neuen Fahrzeuge, die dadurch auf den Markt kamen. Traurig sei, dass es im Jahr 2010 bis zum Tag der Gemeinderatsitzung bereits zwei Verkehrstote in Furtwangen gegeben hat. Rückläufige Delikts- und Verkehrsunfälle würden immer wieder zu Überlegungen führen, Personal zu reduzieren. Dies könnte die Aufgabe des Polizeipostens in Furtwangen und Triberg bedeuten. Bereits jetzt habe man das Polizeipersonal von 53 auf 49 Leute im Polizeirevier zurückgeführt. Zurzeit sei man jedoch der Meinung, dass der Polizeiposten in Furtwangen erhalten bleiben muss.

Stadtrat Sauter bedankt sich für die Ausführungen. Er bedauert, dass der Polizeiposten in Furtwangen immer wieder zur Diskussion stehen wird.

Stadtrat Jung möchte wissen, wie lange es den Polizeiposten in Furtwangen noch geben wird.

Herr Littwin antwortet, derzeit bestünden keine Überlegungen, ihn aufzulösen. Eine differenziertere Aussage sei derzeit nicht möglich.

Stadtrat Hog bedankt sich für die Ausführungen. Ihn interessiert, ob der Rückgang der Kriminalitätszahlen mit dem Bevölkerungsrückgang in Verbindung steht.

Dies bezweifelt Herr Littwin, weil die Kriminalität nicht im gesamten Gebiet des Schwarzwald-Baar-Kreises rückläufig ist, aber im gesamten Gebiet des Schwarzwald-Baar-Kreises Bevölkerungszahlen rückläufig sind.

**TOP 2 Funkversorgung: BOS Dienstfunk der Polizei;
Ergänzung des BOS-Richtfunknetzes in Furtwangen
Vorlage: GR 075**

Den Sachvortrag hält Herr Gerhard Fritz von der Polizei. Derzeit werde in der Bundesrepublik Deutschland ein digitales Funknetz errichtet, auf dem künftig die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) wie Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei, in einem bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystem miteinander kommunizieren werden. Bei diesem Ausbau des Datenfunksystems werde grundsätzlich versucht, auf vorhandene Funkmasten zurückzugreifen. Der Mast in Neukirch an der B 500 sei bereits voll. Hier sei eine neue Anlage erforderlich. Hierzu werde demnächst ein Bauantrag für einen Betriebscontainer in der Größe einer Fertigarage zur Unterbringung der technischen Anlagen eingereicht. Grundsätzlich biete das Funknetz eine „Inhouse-Versorgung“, das bedeutet, dass Polizeibeamte nicht nur in Fahrzeugen sondern auch z.B. zu Hause über Funk erreichbar sind. Es soll zwei weitere Standorte für Funkmasten geben: Zum einen am Stöcklewaldturm, zum anderen an dem Funkmast in der Nähe des Otto-Hahn-Gymnasiums. Nach den heutigen Gesundheitskenntnissen sei die entstehende Strahlung ungefährlich für die Gesundheit. Der thermische Grenzwert liege bei 30 Watt. Es wird damit gerechnet, dass die Funkmasten 3-6 Watt ausstrahlen werden. Eine entsprechende Unbedenklichkeitsbe-

scheinigung wird eingeholt und gleichzeitig mit dem Bauantrag eingereicht.

Stadtrat Hog möchte wissen, ob der Mast am OHG dann zusätzlich belastet wird.

Nach Aussage von Herrn Fritz handelt es sich bei diesem Mast um einen Füllsender. Alles, was bereits drauf ist, werde abgebaut. Anschließend werde der Mast neu bestückt. Da sich der Mast in der Nähe der Raucherecke des Otto-Hahn-Gymnasiums befindet, bestehen Überlegungen, den Bereich einzuzäunen.

Stadtrat Prof. Kühne erklärt, es gebe keine Nachweise, weder medizinisch noch wissenschaftlich, für ein erhöhtes Krebsrisiko. Ihn interessiert, ob die Masten parallel für Handys genutzt werden können.

Herr Fritz antwortet, der Mast gehöre dem Land Baden-Württemberg, das grundsätzlich nur für BOS verantwortlich sei. Unter Umständen seien entsprechende Absprachen mit der Gemeinde möglich. Sicher sei jedoch, dass der Forst die Masten mit nutzen könne. Dies bewertet Herr Fritz sehr positiv, da in der Forstwirtschaft ebenfalls sehr viele Unfälle passieren.

Stadtrat Kern erinnert daran, dass bei der Einrichtung von BOS im Anschluss die Feuerwehrfahrzeuge entsprechend umgerüstet werden müssen. Herr Fritz entgegnet, das Land werde dies mit ca. 50% durch Zuschüsse unterstützen.

Beschluss:

Der Bericht von Herrn Sachbearbeiter Fritz von der Polizeidirektion Freiburg zur Ergänzung des BOS-Richtfunknetzes in Furtwangen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

TOP 3 TaPS - Vorstellung und Einsatzmöglichkeiten

Den Sachvortrag hält die Vorsitzende des Vereins TaPS e.V. Daniela Kleissendorf. Der Verein besteht demnach seit ca. 6 Jahren. Hauptaufgaben sind Beratung, Vermittlung, Begleitung und Finanzierung von Kinderbetreuung. Es bestünde ein Delegationsvertrag mit der Jugendhilfe des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis. TaPS e.V. sei zuständig für das gesamte Gebiet des Schwarzwald-Baar-Kreises mit Ausnahme der Stadt Villingen-Schwenningen. Ein Problem sei, dass in diesem Kreis sehr unterschiedlich strukturierte Gemeinden bedient werden müssen. Zur Organisation von TaPS: Der Vorstand besteht aus 5 Personen. Es gibt einen Beirat, 2 hauptamtlich tätige Personen, ehrenamtlich tätige Personen und eine Person, die geringfügig beschäftigt wird. Adresse: Benediktinerring 8 in Villingen. Ziel des Vereins sei, die möglichst gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. TaPS versteht sich als Zusatzangebot zu vorhandenen Betreuungsangeboten für Kinder. Es werden Tagesmütter und Tagesväter für Kinder im Alter von 0-14 Jahren ausgebildet und eingesetzt. Der Vorteil der Tagesmütter und -väter ist, dass Betreuungszeiten sehr individuell vereinbar sind, das Kind eine feste Bezugsperson hat und die Betreuung in der Regel in einem Umfeld stattfindet, das dem einer Familie sehr ähnlich ist. Die Betreuung basiert auf Verträgen und Absprachen der Tagespflegepersonen mit den wünschenden Eltern. TaPS berät sowohl Eltern, die eine Betreuung für ihr Kind suchen, als auch Tagespflegepersonen. Bei der Begleitung und Unterstützung von qualifizierten Tagespflegepersonen sind von diesen jährlich verschiedene Kurse abzuleisten. Im Jahr 2008 kamen sehr viele Alleinerziehende zu TaPS. 2009 gab es verstärkt Nach-

frage von Eltern, die beide berufstätig waren. 175 Kinder konnten 2009 im Schwarzwald-Baar-Kreis vermittelt werden. Der Trend ist steigend. Da die Arbeitswelt sehr flexible Arbeitszeiten fordert, steigt die Nachfrage in der Tagespflege.

Wie Frau Kleissendorf herausstellt, sind Tagesmütter/Tagesväter Einzelkämpfer. Daher wird eine stärkere Vernetzung der Tagesmütter/-väter angestrebt. In der Regel soll die Kindertagespflege Lücken nach Kindergarten- oder Schulzeiten abdecken. Der größte Bedarf an Kindertagespflege ist bei den Schulkindern.

Stadtrat Jung fragt, welche Voraussetzungen von einer Tagesmutter zu erfüllen seien. Ihn interessiert, ob z.B. Wohnungen angeschaut werden.

Frau Kleissendorf antwortet, es gebe vier Module, deren Besuch eine Tagespflegeperson nachweisen muss, um eine Pflegeerlaubnis vom Kreisjugendamt zu erhalten. Die Haushalte werden vor einer Vermittlung angeschaut. Insbesondere sei es wichtig, dass die „Chemie“ zwischen der Tagesmutter und den Eltern passt, ansonsten funktioniere Tagespflege nicht. Durch die erforderliche Qualifizierung soll ein Berufsbild Tagespflege entstehen. Ab 2011 soll es möglich sein, dass eine Tagesmutter auch Kleinkindgruppen in fremden Räumen betreuen kann. Derzeit möglich sei es bereits, dass eine Tagesmutter das Pflegekind im eigenen Haushalt der Familie betreut.

Prof. Dr. Mescheder interessiert, wie eine Gemeinde in der Bedarfsplanung TaPS integrieren kann.

Frau Kleissendorf entgegnet, hierzu lägen bisher wenig Anfragen von Gemeinden vor. Bei Kindertagespflege als Alternative zur Kindertagesstätte müsse gewährleistet sein, dass die Tagespflege verlässlich ist (z.B. bei Krankheit oder Urlaub der Tagesmutter). Wenn die Gemeinde TaPS „ins Boot holt“, sei sie dafür verantwortlich, dass bei Krankheit Betreuungszeiten aufgefangen werden können. Eine Möglichkeit hierfür sei, dass diese Kinder dann einen Kindergarten besuchen können. Das Jugendamt zahle derzeit 3,90 Euro pro Stunde und Kind an eine Tagesmutter. Grundsätzlich könnten Tagespflegepersonen jedoch mit Eltern freie Verträge schließen. Frau Kleissendorf hält einen Stundensatz von 4,00 bis 6,00 Euro für angemessen. Bei der Tagespflege in fremden Räumen böte es sich an, dass die Gemeinde diese Räume dann zum „Stundensatz X“ zur Verfügung stellt. Geklärt werden müsse, ob die Tagesmutter die Räume, Betriebserlaubnis, usw. selbst suchen bzw. beantragen müsse. Dies würde viele Tagesmütter abschrecken, weil es einen Kraftakt darstellt. Derzeit gebe es in Furtwangen 12 gemeldete Tagesmütter.

Prof. Dr. Kühne erkundigt sich nach dem Bekanntheitsgrad von TaPS, insbesondere nach Werbekampagnen.

Laut Frau Kleissendorf kennen viele Leute TaPS, wissen aber nichts Genaues. Der Verein verfolge keine spezifische Werbestrategie. Hin und wieder gebe es Pressemitteilungen. TaPS finanziere sich über Landes- und Kreiszuschüsse. Unter Umständen können die 3,90 Euro pro Betreuungsstunde vom Jugendamt übernommen werden. Im Kleinkindbereich können Tagesmütter spezielle Zuschüsse erhalten.

Stadtrat Riesle erkundigt sich nach der Mitgliedschaftsmöglichkeit bei TaPS und möchte wissen, ob Tagesmütter versichert sind.

Frau Kleissendorf entgegnet, die Tagesmütter seien über TaPS versichert. Dass es freie Plätze gibt, beruht ihrer Meinung nach zum Teil auf dem „zu guten“ Betreuungsangebot in der Gemeinde oder aber Eltern wünschen eine größere Verlässlichkeit. Namen oder Ansprechpersonen kann Frau Kleissendorf aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht nennen.

Stadtrat Biehler erkundigt sich, ob sich mehrere Tagesmütter zusammenschließen

könnten, um eine gewisse Betreuungssicherheit zu erreichen.

Frau Kleissendorf antwortet, dies sei grundsätzlich möglich, aber sehr schwierig.

Stadtrat Jung fragt nach, ob die Stadt Furtwangen z.B. TaPS in einer 5-Zimmer-Wohnung anbieten könnte.

Frau Kleissendorf antwortet, dass solche Möglichkeiten derzeit angestrebt werden, in diesen Fällen aber eine gute Begleitung durch die Gemeinde gewährleistet sein muss, um die Tagesmütter nicht zu überfordern. Die Ansprüche an Räume für Kindertagespflege seien nicht ganz so hoch wie für Kindertagesstätten. TaPS könne die Begleitung für dererlei Angebote nicht liefern.

TOP 4 Örtliche Bedarfsplanung zur Kleinkindbetreuung 2010/2011 (Krippenplätze) Vorlage: GR 068

Bürgermeister Herdner führt in die Gemeinderatsdrucksache ein. Er stellt fest, dass für 2013 der Rechtsanspruch auf eine Kleinkinderbetreuung nicht in Frage gestellt werde. Der maximale Rahmen bedeute 10 Kinder pro Gruppe. Bei sieben Kindern müsse man den wirtschaftlichen Aspekt mit berücksichtigen, dass mindestens mehr als 50% für die Gründung einer Gruppe an Kindern vorhanden sein sollte.

Frau Klein trägt unter Zuhilfenahme von einer PowerPoint-Präsentation vor, wie seit 2006 die dem Gemeinderat übermittelten Bedarfswahlen zu ermitteln gewesen sind. Sie verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 9. Mai 2006 und darauf, dass die Bedarfe jährlich vom Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis abgefragt werden würden.

Hinsichtlich der Gemeinderatsdrucksache stellt sie fest, dass es rückläufige Zahlen im Bereich Kindergarten Regenbogen zu verzeichnen gebe.

Bürgermeister Herdner bemerkt hierzu an, dass auch die Ermittlung des Zahlenwerkes in den einzelnen Einrichtungen sehr kompliziert sei.

Für Stadtrat Prof. Kühne stellt sich die Frage, bei den gemeldeten 52 Plätzen in der Anmeldung laut Drucksache, wie viele Anmeldungen hier von der HFU seien und wie viele davon von Studierenden seien.

Frau Klein teilt mit, dass ein großer Anteil von Kindern von Studierenden dabei sei, ebenfalls von weiteren Angehörigen der HFU, die dieses Angebot sehr gerne nutzen würden. Speziell seien die Kinderzahlen jedoch von Studierenden bzw. der HFU seitens der Verwaltung nicht vorliegend. Sie verweist darauf, dass die ermittelten Bedarfe eine Momentaufnahme darstellen würden und hinsichtlich der HFU aufgrund des Semesterbeginns im Oktober Zugänge von neuen Studierenden der HFU auch erst zu einem späteren Zeitpunkt eingingen, die zum Stichtag, der dieser Drucksache zugrunde gelegt worden sei, nicht vorliegen könnten.

Stadtrat Jung möchte wissen, wie viele Anmeldungen von Eltern vorlägen, die nicht in Furtwangen wohnen würden.

Frau Klein erklärt, dass diese Anmeldungen aus dieser Bedarfsermittlung heraus gerechnet werden würden.

Stadtrat Jung spricht die Ausgleichszahlungen an, innerhalb von Kommunen, wenn diese hier als Einpendler in Furtwangen ihre Kinder in Furtwanger Einrichtungen unterbringen würden.

Frau Klein merkt an, dass es innerhalb des Schwarzwald-Baar-Kreises eine Regelung gebe. Sie wisse von ein bis zwei Kindern, die wohl nicht aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis-Bezirk kämen. In wieweit es Bestrebungen in anderen Kreisen hinsichtlich einer Vereinbarung gebe, sei fraglich.

Stadtrat Riesle verweist darauf, dass die Hochschule Furtwangen derzeit mit im Boot sei und eine Stelle zahle.

Hierauf erwidert Stadtrat Jung, dass man wisse, dass bei einem Rechtsanspruch ab 2013 eventuell auch ein Wegfall der Bezuschussung seitens der Hochschule Furtwangen angestrebt werden könnte.

Auch Stadtrat Kern interessiert sich für den Kostenausgleich mit anderen Kommunen.

Herr Wekker antwortet, dass dieser geltend gemacht werde, jedoch sei noch alles im Fluss. Bisher sei monetär noch nichts geflossen, man habe im Haushaltsplan Mittel einzustellen und man wolle den anderen Kommunen die Chance geben, dies kreisübergreifend zu tun. Der größte Teil der Kinder käme aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis.

Stadtrat Kern weiß, dass laut § 8 des KiTaG der Kostenausgleich über das ganze Land gehen würde und dieses Thema sollte durchgerechnet werden.

Für Stadtrat Prof. Dr. Mescheder stellt sich die Frage hinsichtlich der Bezeichnung „Anmeldungen“ beim 4. Punkt im Sachverhalt der Gemeinderatsdrucksache hinsichtlich der Plätze von TaPS. Die Kleinkindbetreuung sollte beschlossen werden, mit der Zielgröße von 35% und die Kleinkindbetreuung sollte zudem effizient und sparsam organisiert werden. Pi mal Daumen würde eine Kleinkindbetreuung 12.000,00 Euro im Jahr für ein Kind kosten. In Furtwangen lägen pro Gruppe die Kosten bei 160-180.000,00 Euro, also pro Kind zwischen 16-18.000,00 Euro. Man habe dadurch eine hohe Qualität im Maria Goretti, die seitens der Eltern auch genutzt werde, wie auch ein teures Vollzeitangebot.

Was den Bedarf im Waldkindergarten angehe, wolle er die Aussage von Frau Klein im Bericht dahingehend korrigieren, dass die Gruppe des Waldkindergartens im Gebäude betreut werde.

Würde der Bedarf für den Kindergarten Regenbogen laut Beschlussvorschlag der Verwaltung so beschlossen, bemerkt Stadtrat Jung, würde man hier etwas zementieren, was richtig Geld koste. Laut seinen Informationen aus dem Kindergarten seien bereits 6 Kinder unter 3 Jahren da.

Hierauf erwidert Frau Klein, dass diese im neuen Kindergartenjahr bereits 3 Jahre alt seien und deshalb nur 2 Kinder für die neue Bedarfsplanung unter drei Jahren in der Bedarfsplanung Kleinkindbetreuung berücksichtigt werden könnten.

Trotzdem wolle man dies nicht so zementieren, erklärt Stadtrat Jung.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder fordert eine Klärung über die Angelegenheit mittels Abstimmung. Grundsätzlich müsse man Verhandlungen über die Qualität und über die Quantität hinsichtlich der Erörterung der Einsatzmöglichkeiten von TaPS führen. Für ihn ergäbe sich ein Platzbedarf von 43 und daraus ergebe sich ein Verhandlungsbedarf hinsichtlich der Qualität.

Frau Klein erklärt, sie habe bei den Anmeldungen in den Kindergarteneinrichtungen die tatsächlich vorliegenden Anmeldungen zum Stichtag zugrunde gelegt. Es sei nicht

Aufgabe der Stadt, diese Kinder zu verteilen. Sie gehe davon aus, dass aufgrund der Anmeldungen in entsprechenden Einrichtungen die Eltern über das dortige Angebot und die Qualität Bescheid wüssten. Sie verweist darauf, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern immer weiter gestärkt werde.

Auch für Stadtrat Prof. Kühne werden die Öffnungszeiten vom Träger festgelegt. Die 10 Plätze im Kindergarten Regenbogen seien bereits im Vorfeld beschlossen gewesen. Die technischen und organisatorischen Voraussetzungen, die fehlen würden, müssten jedoch bezahlt werden. Hier müsse die Finanzlage der Stadt berücksichtigt werden, man habe jedoch diesen Bedarf in der Bedarfsplanung für 2009/2010 beschlossen gehabt.

Ob es eine höhere Nachfrage als ein Angebot gebe, will Stadtrat Kern wissen.

In Fällen, in denen ein Kindergarten keine freien Plätze mehr habe, verweise man die Eltern auf freie Plätze in anderen Einrichtungen, so Frau Klein.

Auf die Frage von Stadtrat Kern, ob es in der Vergangenheit bereits Nachbesserungen aufgrund der Nachfrage der Eltern gegeben habe, erklärt Frau Klein, dass nur einmal bei der Einrichtung der Mondscheingruppe in der Baumannstraße 13 auf einen erhöhten Bedarf reagiert worden sei.

Für Stadtrat Kern werde der Druck seitens der Eltern größer werden.

Der Behauptung von Stadtrat Prof. Dr. Mescheder, dass man Leute weggeschickt habe, entgegnet Frau Klein, dass seitens der Stadt keine Eltern weggeschickt worden seien. Man veröffentliche regelmäßig zu Jahresbeginn die Anmelde-möglichkeiten in sämtlichen Einrichtungen und der Kindergarten Regenbogen habe gesondert die Kleinkindbetreuungs-möglichkeit beworben.

Aus dem Kreise der Zuhörer meldet sich eine Dame und bemerkt, dass die Anmeldungen abhängig seien von der Verlässlichkeit. Seitens des Kindergartens Regenbogen stünde Geld zur Verfügung.

Auf die Frage von Stadtrat Hug hinsichtlich des Ausbaus einer Kleinkindgruppe, ob es eine rechtliche Verpflichtung hierzu gebe, Kinder aufzunehmen, teilt Bürgermeister Herdner mit, dass bei einem Ausbau die Voraussetzungen geschaffen werden, um Kleinkinder aufzunehmen.

Für Stadtrat Prof. Dr. Mescheder wäre es ein neuer Part, TaPS in die Beschlussvorlage mit aufzunehmen. Er halte die Vernetzung als Idee sehr gut und man sollte hier über das Geld sprechen: Die Leistungen von TaPS sollten verglichen werden, um darauf eventuell Geld an TaPS zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich müsse geklärt werden, wie man mit TaPS umgehe.

Bürgermeister Herdner weiß, dass die Verträge von den Tagesmüttern von TaPS selbst gemacht werden würden. Die Idee mache nur dann Sinn, wenn die Stadt dies steuern könne.

Stadtrat Sauter stellt den Antrag auf Geschäftsordnung: „Ende der Rednerliste“.

Die Rednerliste wird abgearbeitet:

Die Grundidee des Kindergartengesetzes sei die Trägervielfalt, bemerkt Stadtrat Kern. Es könne zum Problem werden, wenn man Angebote herstellen würde, worauf sich dann ein Anspruch ergäbe. Dies müsse der Gemeinderat bei seinen Entscheidungen beachten. Weiter müsse bedacht werden, welche Gefahren und Risiken mit Forderun-

gen anderer Träger verbunden seien.

Stadtrat Thurner regt an, dass Wort „soll“ anstelle „wird“ in der Beschlussfassung zum Kindergarten Regenbogen mit aufzunehmen.

- Ende der Rednerliste. -

Bürgermeister Herdner dagegen meint, man solle den ersten Satz streichen und lässt darüber abstimmen:

Beschluss:

Beim Vorschlag zur Beschlussfassung wird beim Kindergarten Regenbogen der Satz gestrichen: „Es wird eine Kleinkindgruppe mit 10 Kleinkindern eröffnet, soweit Anmeldungen für mindestens 7 Kleinkinder unter 3 Jahren vorliegen.“

Abstimmungsergebnis: 12 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung.

Beschluss:

Der **örtliche Bedarf für die Kleinkindbetreuung** wird für das Kindergartenjahr 2010/11 wie folgt festgelegt:

Regenbogen	Die Betreuung von Kleinkindern ab 2 Jahren ist in altersgemischter Gruppe möglich. Es sind 2 Kleinkinder mit 2,9 Jahren angemeldet.
Maria Goretti/St. Martin	10 Plätze für Kleinkinder (Krippenplätze, Kooperation HFU) Studentenwerk Freiburg/Stadt Furtwangen) werden beibehalten. Unterbringung weiterer Kleinkinder ist in altersgemischten Gruppen ab 2 Jahren möglich.
St. Nikolaus	Betreuung von 1 Kleinkind ist in altersgemischter Gruppe ab 2 Jahren möglich.
St. Andreas	Betreuung der zwei Kleinkinder ist in altersgemischter Gruppe ab 2 Jahren möglich.
St. Johann	Aufnahme von Kleinkindern ab 2 Jahren ist ohne Änderung der Gruppenform möglich. Da keine Anmeldung vorliegt, werden in der örtlichen Bedarfsplanung keine Plätze berücksichtigt.
Kinderhaus	20 Plätze im Kinderhaus, 2 Kleinkindgruppen (0 – 3 Jahre).

Abstimmungsergebnis: 11 Ja, 3 Nein, 4 Enthaltungen.

Vorlage: GR 061

Die Stadträte Jäger und Sauter verlassen wegen Befangenheit ihre Plätze.

Bürgermeister Herdner führt in die Gemeinderatsdrucksache ein. Die Baukosten würden steigen und mit einer zentralen Einrichtung würden eventuell andere Einrichtungen ausbluten. Man müsse aber auch die finanzielle Situation der Stadt berücksichtigen. Es müsse eine optimale Lösung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gefunden werden. Er bittet die Eltern um Verständnis, wenn man sich die Frage des weiteren Vorgehens stelle und es sich hierbei nicht einfach mache hinsichtlich der finanziellen Schwierigkeiten. Es habe eine Gegenüberstellung einer zentralen Lösung im Kinderhaus und die dezentralen Lösungen stattgefunden und dies nach bestem Wissen und Gewissen dargestellt. Es gebe den Hinweis, dass bei einer dezentralen Lösung ebenfalls Zuschüsse von maximal 7.000,00 Euro erhältlich seien, wenn aus-, an- oder umgebaut werde. Bei der Überleitung des ehemaligen Krankenhauses bestünde auch die Möglichkeit, dass der Eigentümer dort diese Zuschüsse erhalten könnte. Sämtliche neuen Ideen und neuen Überlegungen zeigen, dass man eine Lösung finden wolle, die allen gerecht werde. Er bittet Herrn Prof. Dr. Mescheder, die jüngste Idee der UL vorzutragen. Die einzelnen Überlegungen habe man aufs Blatt geschrieben und eine optimale Lösung sehe man nicht. Jede Medaille habe zwei Seiten und man müsse persönlich selbst abwägen, was einem am wichtigsten erscheine. Für das Kinderhaus spräche, dass es sich hierbei um eine Möglichkeit handle, flexibel zu sein. Das Kinderhaus läge zentral und man könne mit altersgemischten Gruppen kooperieren. Man rechne reell nun mit einem Kostenvoranschlag von weiteren 570.000,00 Euro, einem Zuschuss von 730.000,00 Euro und man habe die Möglichkeit weiterer Zuschüsse von CO₂-Minderungsprogrammen. Die Anbindung mit dem Außengelände von Maria Goretti sei laut KVJS nicht optimal, aber möglich, auch laut Absprache mit dem Nachbargrundstückseigentümer. Bereits vergebene Aufträge würden sich auf 440.000,00 Euro belaufen. Einige Arbeiten seien bereits ausgeführt. Bei einer nicht Fortführung müsse man mit Ersatzleistungen von 100.000,00 Euro rechnen. Was die Mittel der Stadtsanierung betreffe, müsse man bei einer Veräußerung des Objektes und einer nichtkonformen Weiternutzung diese Mittel wieder zurückzahlen. Diese beliefen sich auf 270.000,00 Euro. Dies bedeute im Umkehrschluss, dass bei einer Objektnutzung, die der Stadtsanierung nicht widerspreche, eine Rückzahlung nicht erfolgen müsse. Bei den dezentralen Modellen müsse die Frage geklärt werden, ob damit Einrichtungen außerhalb erhalten blieben. Man habe es dort auch mit höheren Kosten zu tun. Es sei jeweils ein Umbau erforderlich, der derzeit aufgrund des Finanzdiktats nicht gemacht werden dürfe. Bei den festen Einrichtungen habe man keine personelle Flexibilität, was dem Wunsch nach einem Personalpool seitens des Gemeinderates nicht zuträglich sei. Auch müsse man sich die Frage stellen, wie es auf Dauer sein werde: ob man überall 10 Kleinkinder in einer Betreuungsgruppe haben werde. Dabei müssten auch die Sanierungsmittel und der Zuschuss zurückbezahlt werden. Die weitere Überlegung, das ehemalige Krankenhaus zu nutzen, sei denkbar und von den Kosten überlegenswert. Beim angebotenen Mietpreis müsste man gegebenenfalls noch verhandeln, angesichts der Fördermöglichkeiten für den Eigentümer. Man betreue dort dann Kleinstkinder von 0-3 Jahren und bei einem weiteren Alter würden Wünsche für weitere Einrichtungen entstehen. Es gebe dort keine Möglichkeit altersgemischter Gruppen, was pädagogisch und wie in anderen Einrichtungen sinnvoll sei. Für das Krankenhaus spreche die zentrale Lage. Fraglich sei auch die Trägerschaft und die sei nach einem heutigen Gespräch nicht eindeutig. Von der katholischen Kirche her wäre nur eine Trägerschaft für das Kinderhaus, was verhandelt werde, denkbar. Das Kinderhaus sei zukunftssträchtig, wenn man es bloß als Kinderhaus ansehe. Eine Gewichtung sämtlicher Argumente für jede Lösungsmöglichkeit müsse jeder Gemeinderat für sich vornehmen.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder erhält daraufhin die Möglichkeit, seine neuesten Lösungsansätze vorzutragen. Er schlage eine zentrale Variante im Kindergarten Maria

Goretti mit 20 Plätzen vor und andere Angebote, die nicht einer Ganztagsbetreuung bedürfen, wo man sich in altersgemischten Gruppen die Kleinkindbetreuung vorstellen könnte, sowie im Kindergarten Regenbogen, oder, wo man lenkend eingreifen sollte, dass man TaPS aktiviere, um deren Angebote attraktiver zu machen. Hier denke man an Zuschüsse und Organisationshilfen. Der Vorschlag laute deshalb, die Kinder in Maria Goretti zu konzentrieren, wobei hier Alternativen für Kindergartenplätze und Hort gefunden werden müssten. Diese Alternativen könnten z. B. in Schönenbach für Kinder im Alter von 3-6 Jahren und durch Aktivierung der ehemaligen Mondscheingruppe ebenfalls für Kinder von 3-6 Jahren erfolgen. Die Frage sei dann, was mit dem Hort passiere. Wenn man die Kleinkindbetreuung an diesem zentralen Ort konzentriere, müsse man die 3-6jährigen Kinder anderweitig unterbringen.

Stadtrat Prof. Kühne verweist auf den Beschluss des Gemeinderates, der mit 2/3 Mehrheit für das Kinderhaus gesprochen habe, wenn man auch damals andere Informationen gehabt hätte. Die schlechte transparente Darstellung der Kosten sei das Problem gewesen. Nun habe man mit sämtlichen Fraktionsvorsitzenden und dem Bürgermeister beim Landrat vorgesprochen und es hätte eine deutliche Aussage dahingehend gegeben, dass begonnene Investitionen zum Teil noch ausgeführt werden dürften. Neue Ideen könne man nicht realisieren. Aus Sicht seiner Fraktion müsse man das Kinderhaus nun auch zu Ende bauen oder ganz lassen. Die Alternative sei, Miete für das Krankenhaus zu leisten, sofern man eine Betriebserlaubnis habe. In anderen Kindergärten würden keine Investitionen mehr genehmigt werden. Am Kinderhaus habe man bereits 280.000,00 Euro bezahlt und für das Haus spreche die Stadtmitte, die Nähe zur Hochschule und größeren Betrieben in Fußläufigkeit und die Nähe zum Kindergarten Maria Goretti hinsichtlich des gewünschten Personalpools. Dies müsse alles im ehemaligen Krankenhaus erst neu aufgebaut werden. Man benötige jetzt eine zeitnahe Lösung und im Krankenhaus müsste alles neu geprüft werden, ob jede Treppe z.B. die erforderlichen Maße aufweise.

Man werbe als kinderfreundliche Stadt, kinderfreundliche Kommune und kinderfreundliche Hochschule. Sollte es zu keiner Lösung kommen, müsse man diese Werbung einstellen. Angesprochen werden sollte der Erstwohnsitz oder gestaffelte Preise für Externe. Man wisse, dass die Zahlen nicht planbar seien, wie viel Kinder unter drei Jahren kommen würden und zusätzliche Kinder seien in der Bedarfsplanung nicht berücksichtigt. Er gehe davon aus, dass man keine Angst haben sollte, dass die 50 Plätze nicht ausreichen werden. Die Entscheidung sei klar. Das Krankenhaus sei zu unsicher hinsichtlich Planung, Zeitablauf, Mehrkosten von Kindergärten, Fehlbeträge, etc.

Für Stadtrat Kern sei die Grundlage beim Krankenhaus eine Warmmiete von 7,50 Euro. Bei den übrigen Alternativen seien seitens der Verwaltung keine Bewirtschaftungskosten aufgeführt worden. Man vergleiche hier Äpfel mit Birnen. Was die Staffelung der Preise für auswärtige Kinder betreffe, korrigiert er, dass rechtlich nur ein Abschlag für Einheimische möglich sei, jedoch kein Auswärtigen-Zuschlag.

Stadtrat Hog dankt der Verwaltung für die Gemeinderatsvorlage und erklärt, seine Fraktion stünde weiterhin zum Kinderhaus. Er bezweifle auch, dass man das Haus, in dem das Kinderhaus untergebracht werde, derzeit für den bisherigen Wert, den die Stadt bezahlt habe, verkaufen könne. Für ihn stehe eine externe Kinderbetreuung in keinem Verhältnis zum Kinderhaus. Die SPD schlage deshalb vor, Waldflächen für die Restfinanzierung zu veräußern. Man wünsche sich eine optimale Kleinkindbetreuung, auch im Kindergarten Regenbogen und den anderen Einrichtungen. Jedoch sei auch eine Poolbildung im Personalbereich absolut notwendig.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder stellt nochmals sein Konzept dahingehend klar, dass die Investitionen nur der Umnutzung eines Raumes für ein Schlafzimmer im Kindergarten Maria Goretti bedürfe. Dort könne man auch den Bedarf längerfristig decken. Es gebe sicherlich das Problem für die anderen Einrichtungen, wo diese noch geschlossen werden müssten und was es wert sei. Kurz- bzw. langfristig müsse es eine Lösung für

die anderen Einrichtungen geben. Um dem Rechtsanspruch von 35% gerecht zu werden, könnte dies auch zur Wirtschaftlichkeit anderer Einrichtungen führen. Die Immobilie bräuchte man nicht mehr umnutzen. Man stelle die Fragen, ob man den Bedarf nicht anders decken könne und ob man die Qualität nicht anders sichern könnte.

Für Stadtrat Jung wird das Thema schon lange thematisiert und emotional geführt. Es läge nun ein reeller Kostenvoranschlag vor, was bisher nicht der Fall gewesen wäre. Statt 92.000,00 Euro belaufe der Umbau sich jetzt auf 565.000,00 Euro und der Gemeinderat sei „verarscht“ worden. Trotzdem wolle er die Gelegenheit nutzen, Frau Förderer zu loben, die die Verzögerung überbrückt habe. Klar sei, dass eine Kleinkindbetreuung wichtig sei und auch gewünscht werde. Die synonyme Verwendung Kinderhaus und Kleinkindbetreuung werde zunehmen. Seitens des Gemeinderates habe man in einer zweitägigen Klausurtagung die Themenfelder aufgestellt. 12 Mio. Euro würde 2012 der Fehlbetrag sein, zusätzlich 3 Mio. Euro an Schulden. Eine derartige Finanzsituation habe Furtwangen noch nie gesehen und der Vorschlag, Wald zu verkaufen, entsetze ihn.

Man wolle im Bildungsbereich nicht verlieren und bei Bildungseinrichtungen wie Volkshochschule und Jugendmusikschule würde man so machen, als ob man Geld im Überfluss habe. Er vergleiche den Landkreis mit der EU, Furtwangen wäre dann Griechenland. Laut Schreiben des Landrates müsse alles überprüft werden und man habe die rote Karte gezeigt bekommen. Werde man sich nun übernehmen, werde man zwangsverwaltet werden. Man treffe hier eine Entscheidung über Mehrausgaben und habe über keine echte Gegenfinanzierung beschlossen. Die einmalige Erhöhung sei auch durch eine Steuererhöhung nicht tragbar. Es gehe hier um die Kinder. In fünf Jahren werde man weitere Schulprobleme wie „das Klo stinkt“, es fehle an Technikräumen oder dergleichen bekommen. Man könne deshalb aus finanziellen Gründen dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Bürgermeister Herdner verweist darauf, dass die Summe von 12 Mio. die Auskunft der Rechtsaufsichtsbehörde sei.

Stadtrat Thurner meint, die Angebote von den Einrichtungen seien nicht ernsthaft geprüft worden, auch nicht die kostengünstige Kleinkindbetreuung in zwei Kleingruppen mit einem Umbau von einem Schlafräum.

Stadtrat Riesle bittet um Abstimmung.

Stadtrat Thurner beantragt eine namentliche Abstimmung:

Beschluss:

Es erfolgt eine namentliche Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltung.

Beschluss:

1. Dem Umbau mit energetischer Sanierung auf der Grundlage der überarbeiteten Planung vom 05. Februar 2010 mit der darauf beruhenden Kostenberechnung vom 18. Februar 2010 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau-Abschnitt Energetische Sanierung die möglichen Förderanträge zu stellen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für betreffende Gewerke die Ausschreibung zu veranlassen und die erforderlichen Aufträge zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja, 5 Nein.

TOP 6 Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer Vorlage: GR 072

Bürgermeister Herdner erläutert den Sachstand. Er möchte die Hebesätze für die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer in dieser Sitzung nur vorberaten, nicht beschließen lassen. Der Beschluss soll erst in der Gemeinderatsitzung im Juni erfolgen. In Triberg sei die Erhöhung der Grundsteuer B bereits erfolgt, Donaueschingen denke ebenfalls über eine Erhöhung nach.

Stadtrat Riesle spricht sich dafür aus, die Gewerbesteuer nicht zu erhöhen. Bei der Grundsteuer B sei es eventuell besser, die Erhöhung in zwei Schritten vorzunehmen, damit es nicht unverschämt erscheint.

Stadtrat Kern erläutert, die Grundstücksgröße sei nicht maßgeblich für die Grundsteuer, sondern der Einheitswert. Die Erhöhung der Grundsteuer B beinhalte eine Preissteigerung von ca. 20%. Dies errechne sich aus der Formel Grundsteuersatz dividiert durch 280 mal 450. Er hält den Zeitpunkt für eine Erhöhung für ungünstig, da Steuererhöhungen bisher dem Bürger nicht signalisiert worden seien. Allerdings müsse der Beschluss bis zum 30.06. erfolgt sein, ansonsten könne der Bürger Einspruch erheben.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder ist der Meinung, sparen müsse sichtbar werden. Dies sei durch alleinige Steuererhöhung und Waldverkauf nicht der Fall.

Die Stadträte Jung und Kern halten eine Steuererhöhung für unumgänglich.

Stadtrat Sauter wünscht, dass die Zahlen für den Bürger transparent nach außen dargestellt werden. Dies sollte auch mit dem Sparpotential geschehen.

Stadtrat Jung spricht sich für einen Kompromiss aus: Die Zustimmung zu der Steuererhöhung solle nur erfolgen, wenn klare Einsparpotentiale aufgezeigt werden. Fraglich ist für ihn, ob die Erhöhung der Grundsteuer A ebenfalls erforderlich ist.

Bürgermeister Herdner erklärt, er wolle die Gewerbesteuer derzeit nicht erhöhen. Dies komme gegebenenfalls aber in ein bis zwei Jahren.

Stadtrat Thurner ist der Meinung, dass nicht aktive Grünlandwirte die erhöhte Grundsteuer A nicht mehr bezahlen können.

Herr Wekker hält dem entgegen, dass das Grundsteuergesetz keinen Unterschied zwischen aktiven und passiven Grünlandwirten macht.

TOP 7 Bekanntgaben, Anträge und Anfragen

TOP 7.1 Bekanntgaben Vorlage: GR-B 017

Dem Gemeinderat wird folgendes bekannt gegeben:

1. Haushaltsplan 2010 – Schreiben des Landratsamtes vom 04.05.2010
2. Personalratswahl bei der Stadtverwaltung Furtwangen im Schwarzwald.

TOP 7.2 Anträge und Anfragen

Stadtrat Thurner spricht die Ablagerungen von Kies, Sand und Aushub im Bereich Sportzentrum/Festplatz an.

Herr Baumer erklärt, dass es sich hierbei zum Teil um wilde Ablagerungen handle, einige Ablagerungen gehörten jedoch der Stadt selber.

Stadtrat Thurner fordert, die Dreckhaufen beim ehemaligen Forstamt zu beseitigen. Herr Dold erklärt, dies werde bereits geprüft.

Weiter erklärt Stadtrat Thurner, beim Hexenloch werde derzeit eine große Sprengung an dem Hauptfelsen, der umfahren werden muss, geplant. Dies beeinträchtigt das „Erlebnis Hexenloch“.

Bürgermeister Herdner erklärt, ihm sei bekannt, dass gewisse Felsbereinigungen geplant seien, aber nicht welche. Bürgermeister Herdner und Herr Baumer werden Kontakt mit dem Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis in der Sache aufnehmen.

Stadtrat Biehler spricht die Müllablagerungen beim Kebab „Peperoni“ an. Diese sollten beseitigt werden.

Ortsvorsteher Hall teilt mit, dass Thomas Hall beim Besuch einer Messe in Shanghai im Deutschen Pavillon auf den Namen Furtwangen gestoßen sei. Thema seien die CO₂-Reserven gewesen, die in den Bäumen des Schwarzwaldes eingelagert seien.

Die Richtigkeit der Niederschrift Nr. 6 wird beurkundet.

.....
Josef Herdner
Bürgermeister

.....
Thomas Riesle
Stadtrat

.....
Angela Klein
Schriftführer

.....
Jens Becherer
Stadtrat

.....
Carmen Grieshaber
Schriftführer